

Pressemitteilung zur rechtswidrigen Abschiebung am 15.09.2020

Witzenhausen, den 17.09.2020, Stand 18 Uhr

Ein Versuch M. am heutigen Donnerstag abzuschieben musste abgebrochen werden. Der Grund dafür ist bisher nicht bekannt. M. befindet sich weiterhin in Abschiebehaft in Ingelheim am Rhein. Der Anwältin wurde trotz Vollmacht die Kontaktaufnahme zu ihrem Mandanten in der JVA Ingelheim nicht ermöglicht. M. wurde sein Handy nicht ausgehändigt. Dieses Vorgehen der Behörden ist rechtswidrig, da M. Anspruch auf einen Rechtsbeistand hat.

Wann der nächste Abschiebeversuch stattfindet ist bisher nicht bekannt. Laut Beschluss des Amtsgericht Eschwege gilt die Abschiebehaft bis Freitag 24 Uhr. Wird dieser Beschluss nicht verlängert, muss M. freigelassen werden.

Die Abschiebung von M. war heute Thema im Innenausschuss des hessischen Landtags. Im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung ist festgehalten, dass Abschiebungen aus Schulen zu vermeiden sind¹. Die Landtagsfraktion der Linken griff dies bereits gestern in einer Pressemitteilung auf².

Eschwege, den 16.09.2020, Stand 18:30 Uhr

M. wurde am Mittwoch dem Haftrichter in Eschwege vorgeführt. Kurz vor 18 Uhr wurde er wieder aus dem Gebäude gebracht und weggefahren. Er wird die Nacht auf Donnerstag wahrscheinlich erneut in Ingelheim in Abschiebehaft verbringen und soll morgen von Frankfurt nach Madrid abgeschoben werden.

M. hatte mittlerweile Telefonkontakt zu seiner Anwältin. Unterstützer*innen durften weiterhin nicht zu ihm. Für ihn im Polizeirevier abgegebene Kleidung und sein Handy wurden ihm nicht ausgehändigt.

Während der ab 14:30 Uhr stattfindenden Kundgebung vor dem Amtsgericht Eschwege setzte die Polizei wiederholt unverhältnismäßige Schmerzgriffe ein, um friedliche Demonstrant*innen vom Eingang des Amtsgericht abzudrängen, andere wurden weggetragen. Ein Demonstrant wurde festgenommen und war bis 18 Uhr in Gewahrsam.

Fotos zu den Kundgebungen:

<https://www.flickr.com/photos/189652852@N05/sets/72157715984943221/>

Witzenhausen, den 16.09.2020, Stand 15:30 Uhr

Am Dienstag den 15.09. gegen 11:45 Uhr wurde der 19-jähriger Geflüchteter M. von mehreren Zivilpolizist*innen in der Berufsschule Witzenhausen festgenommen, um ihn abzuschieben. Er

¹ „Wir werden weiterhin alles unternehmen, um Abschiebungen aus Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern heraus zu vermeiden. Allen abzuschiebenden Personen müssen die ihnen zustehenden Rechte, wie der Kontakt zum Rechtsbeistand oder zu einer Vertrauensperson, gewährt werden.“ (S. 126)
https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/koalitionsvertrag_20_wahlperiode.pdf

² <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/abschiebung-aus-der-schule-muss-verhindert-werden-gilt-noch-das-was-schwarzgruen-im-koalitionsvertra/>

wurde danach in Gewahrsam in die Polizeiwache Eschwege gebracht. Die ihm rechtlich zustehenden Anrufe bei seiner Anwältin wurde ihm bis zum Nachmittag des 16.09. von den Beamt*innen verweigert. Freund*innen, die dem 19-Jährigen persönliche Gegenstände und Kleidung bringen wollten, durften nicht zu ihm. Trotz mehrerer Anrufe der Anwältin bei der Polizei Eschwege, wurde ihrem Mandanten widerrechtlich der Telefonkontakt verwehrt.

Der Anwältin wurde mitgeteilt, dass die Abschiebung nach Dublin-Abkommen per Flugzeug nach Madrid stattfinden soll. Spanien (insbesondere Madrid) ist aktuell Corona-Risikogebiet. Die Anwältin stellte noch am Dienstag beim Verwaltungsgericht Kassel einen Eilantrag, um die geplante Abschiebung zu verhindern, da sie diese für rechtswidrig hielt. Der Eilantrag wurde am Mittwoch abgelehnt.

Am frühen Nachmittag des 15.09. hatten sich ca. 25 Freund*innen und Unterstützer*innen spontan vor der Polizeistation Eschwege versammelt, um friedlich gegen die Abschiebung des 19-Jährigen zu demonstrieren.

Als eine Person sich vor der Wache hinsetzte, wurde sie brutal festgenommen und in Handschellen abgeführt. Sie verbrachte drei Stunden in Gewahrsam allein in einer Kellerzelle. Dabei musste sie sich bis auf die Unterhose ausziehen, bekam keine ihr rechtlich zustehende Decke und kein Trinkwasser. Erst nach langem Rufen durfte sie die Toilette benutzen. Die mit ihr agierenden Beamt*innen trugen keine Nase-Mund-Bedeckungen und hielten damit Infektionsschutzmaßnahmen nicht ein. Durch den Einsatz eines Anwaltes wurde die Unterstützerin gegen 16:30 Uhr aus dem Gewahrsam entlassen.

Insgesamt verhielten sich die Polizist*innen den Demonstrant*innen gegenüber sehr aggressiv eskalierend.

M. verbrachte die Nacht auf Mittwoch in Abschiebehäft in Ingelheim am Rhein und befindet sich weiterhin in Gewahrsam.

Am Mittwoch Vormittag fand ab 9 Uhr eine Mahnwache vor der Polizeiwache Eschwege statt. Bei der ab 14:30 Uhr stattfindenden Kundgebung vor dem Amtsgericht Eschwege setzte die Polizei wiederholt unverhältnismäßige Schmerzgriffe ein, um friedliche Demonstrant*innen vom Eingang des Amtsgericht abzudrängen, andere wurden weggetragen. Ein Demonstrant wurde festgenommen.

Wir als AK Asyl Witzenhausen verurteilen die Praxis der Polizei. Allein die Menschenwürde gebietet es, dass bei Abschiebungen insbesondere bei längerem Freiheitsentzug, die Rechte der Betroffenen gewahrt werden. Betroffene haben ein Recht auf Kontakt zu ihren Anwält*innen.

Der AK Asyl stellt sich gegen die menschenverachtende Praxis des deutschen Staates, Menschen ohne Vorwarnung aus Schulen und ihrem Leben zu reißen. Sie werden in oft menschenunwürdige und lebensgefährliche Umstände deportiert - auch jetzt, trotz der Corona-Pandemie.

Es ist höchste Zeit, dass wir die Debatten um Flucht und Asyl nicht einer populistischen Rechten überlassen, während couragierte Menschen tagtäglich solidarisch für Menschlichkeit, Freiheit und ein Leben in Würde kämpfen.

Wir fordern einen radikalen Humanismus, Reisefreiheit und Bleiberecht für alle Menschen! Gegen den rassistischen Normalzustand! Gleiche Rechte für alle!

AK Asyl Witzenhausen

Für Rückfragen stehen wir unter unserer Mailadresse (akasylwitz@riseup.net) zur Verfügung.